

## **Erklärung des Kocheler Kreises zur aktuellen Wirtschaftskrise**

Im Gleichschritt mit der Weltwirtschaft befindet sich Deutschland auf dem Weg in die tiefste Krise der Nachkriegszeit. Sie kann nur durch eine wirtschaftspolitische Doppelstrategie aus kurzfristigen konjunkturstimulierenden Maßnahmen und aus langfristigen Strukturmaßnahmen im Finanzsektor bekämpft werden. Kurzfristig muss zum einen der Finanzsektor stabilisiert werden. Mit den bereits beschlossenen Schutzschirmen wurde prinzipiell ein richtiger Weg beschritten. Zum anderen muss mittels eines Konjunkturprogramms die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimuliert werden, um den Ausfall der privaten Investitionsnachfrage zu kompensieren. Schließlich verstärken sich die Krise der Finanzmärkte und die Konjunkturkrise wechselseitig.

Die Bundesregierung plant ein Konjunkturprogramm in Höhe von 50 Mrd. € für 2009 und 2010. Die zeitliche Streckung auf zwei Jahre lässt befürchten, dass dem bevorstehenden schweren konjunkturellen Einbruch nicht adäquat begegnet wird. Gefordert ist vor allem eine schnelle Reaktion. Nur so können in diesem Jahr Massenentlassungen und dramatische Insolvenzzahlen vermieden werden. Folgende Maßnahmen sollten ergriffen werden:

1. Die Bundesregierung muss sofort im Verbund mit den Ländern und Kommunen ein Konjunkturpaket in Höhe von mindestens 50 Mrd. Euro, das sind rund 2 % vom BIP, für 2009 auflegen. Je zeitiger und kräftiger ein solches Programm in Kraft tritt, desto besser lässt sich die Konjunkturkrise mit ihm bekämpfen.
2. Die wesentliche Komponente eines solchen Konjunkturprogramms sollten die öffentlichen Investitionen, insbesondere im Bildungssektor, sein. Dabei müssen die Länder von Anfang an in die Finanzierung einbezogen werden.
3. Da das Inkrafttreten eines solchen Programms erfahrungsgemäß einige Zeit in Anspruch nimmt, ist es um eine kurzfristige Komponente zu ergänzen. Dies können Konsumgutscheine, einmalige Kindergeldzulagen oder befristete Abgabensenkungen sein. Allgemeine Steuersenkungen wären wegen ihrer großen Sickerungsverluste hingegen nur ein Mittel dritter Wahl.
4. Das nationale Konjunkturprogramm muss mit den übrigen Ländern in der EU koordiniert werden. Nur so lassen sich wechselseitig die Exporte stabilisieren.
5. Die Banken müssen verpflichtet werden, ihr Eigenkapital auf dem Kapitalmarkt zu erhöhen oder staatliche Gelder gegen eine Eigentumsbeteiligung zu erhalten.

6. Sollte der Staat riskante Anleihen aus dem Besitz der Banken übernehmen, darf dies nur mit der Gegenleistung einer staatlichen Eigentumsbeteiligung geschehen. Auf diese Weise lassen sich die Verluste der öffentlichen Hand durch mögliche Kursgewinne bei Bankaktien zumindest teilweise finanzieren.
7. Langfristig ist der Finanzsektor weltweit stärker zu regulieren. Ziel muss es dabei sein, ihn stärker an die Realwirtschaft zu koppeln. Zugleich dürfen Regeln anders als bisher nicht im Widerspruch zur gesamtwirtschaftlichen Stabilität stehen. Dies gilt insbesondere für Bilanzierungsregeln.
8. Es ist kontraproduktiv, zum derzeitigen Zeitpunkt eine Schuldenbremse in Kraft zu setzen. Die Regierung würde Gefahr laufen, sie bereits jetzt wieder aussetzen zu müssen, weil sie die Anforderungen in einer tiefen Krise niemals erfüllen können. Die auf Dauer notwendige Konsolidierung muss im Aufschwung einsetzen.
9. Nichts beschreibt die derzeitige Lage so falsch wie die Aussage, Deutschland habe über seine Verhältnisse gelebt. Das Gegenteil ist richtig. Die Binnennachfrage in Deutschland ist seit Jahren viel zu schwach. Dies liegt auch daran, dass die realen Lohnzuwächse zum Teil weit hinter dem Produktivitätstrend zurückliegen. Dies hat die Binnennachfrage geschwächt und belastet in der derzeitigen Krise. Jede Forderung nach weiterer Lohnzurückhaltung in der Konjunkturschwäche würde diese verschärfen. Die Lohnentwicklung muss sich auch in einer globalen Nachfragekrise an der Produktivitätsentwicklung ausrichten.
10. In Zukunft muss die Wirtschaftspolitik in Deutschland ohnehin ihrer Verantwortung für die internationale Stabilität stärker nachkommen, indem sie der Förderung der Binnennachfrage ein höheres Gewicht zumisst. Denn die USA werden in Zukunft eine weitaus geringere Rolle bei der Absorption internationaler Produktion spielen als bisher. Diese Lücke muss jetzt von den Ländern mit hohen Handelsüberschüssen wie China, Japan und auch Deutschland gefüllt werden.

All dies zusammengenommen wird dazu beitragen, die gegenwärtige Krise zu überwinden. Voraussetzung ist, dass die Bundesregierung ihre Maßnahmen rasch, entschlossen und eindeutig festlegt.

Rückfragen an

Dr. Michael Dauderstädt (Friedrich-Ebert-Stiftung): 0228-883-8301 oder 0172-2020934

Prof. Dr. Harald Hagemann (Universität Hohenheim): 0711-2369210

Prof. Dr. Hagen Krämer (Hochschule Karlsruhe): 0170-8839196

### **Der Kocheler Kreis der Friedrich-Ebert-Stiftung**

ist ein Forum der Begegnung von Wissenschaftlern und Praktikern zum Zwecke der wirtschaftspolitischen Beratung. Es handelt sich um einen lockeren Zusammenschluss von Vertretern universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, der Bundes- und Landespolitik, Gewerkschafts- und Unternehmensvertretern sowie Vertretern der staatlichen Verwaltung. Der Kocheler Kreis trifft sich in der Regel zweimal pro Jahr, um aktuelle und grundsätzliche Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erörtern.

Folgende Mitglieder des Kocheler Kreises haben die vorstehende Erklärung zur aktuellen Wirtschaftskrise unterzeichnet:

Name	Institution
Arnold, Prof. Dr. Dr. h.c. Ulli	Universität Stuttgart
Barthel, Klaus	MdB, SPD-Bundestagsfraktion
Böckels, Dr. Lothar	Unternehmensberater, Düren
Botsch, Andreas	DGB-Bundesvorstand, Berlin
Budde, Katrin	Vorsitzende SPD-Landtagsfraktion, Magdeburg
Buttler, Friedrich	Staatssekretär a.D.
Cabos, Prof. Dr. Karen	Fachhochschule Lübeck
Dauderstädt, Dr. Michael	Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Dullien, Prof. Dr. Sebastian	FHTW Berlin
Englmann, Prof. Dr. Frank C.	Universität Stuttgart
Filc, Prof. Dr. Wolfgang	Universität Trier
Flassbeck, Heiner	Direktor UNCTAD, Genf
Freund, Dr. Florian	Jusos Bayern
Fritsche, Prof. Dr. Ulrich	Universität Hamburg und DIW Berlin
Gabrisch, Dr. Hubert	Institut für Wirtschaftsforschung, Halle
Hagemann, Prof. Dr. Harald	Universität Hohenheim
Haug, Dr. Friedrich Wilhelm	Ministerialrat, Berlin
Hauser, Prof. Dr. Richard	Universität Frankfurt
Hein, PD Dr. Eckhard	IMK Düsseldorf
Horn, Prof. Dr. Gustav	Direktor des IMK Düsseldorf
Jakob, Johannes	DGB-Bundesvorstand, Berlin
John, Prof. Dr. Klaus D.	TU Chemnitz
Juchum, Gerhard	ehem. BM der Finanzen, Berlin
Kalmbach, Prof. Dr. Peter	Universität Bremen
Krämer, Prof. Dr. Hagen	Hochschule Karlsruhe
Kromphardt, Prof. Dr. Jürgen	Technische Universität Berlin
Krupp, Prof. Dr. Hans-Jürgen	Präsident der norddeutschen Landeszentralbank i.R.
Kurz, Prof. Dr. Heinz	Universität Graz
Langkau, Dr. Jochem	ehem. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Majewski, Christoph	SPD-Thüringen

Maldaner, Karlheinz	Evonik Industries AG, Berlin
Martensen, Dr. Hans-Gerog	Regionsrat der Region Hannover
Mayer, Prof. Dr. Peter	Fachhochschule Osnabrück
Noll, Prof. Dr. Werner	Universität Würzburg (emeritiert)
Paetz, Dr. Michael	Universität Hamburg
Priewe, Prof. Dr. Jan	Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin
Rahmann, Prof. Dr. Bernd	Universität Paderborn (emeritiert)
Roloff, Prof. Dr. Otto	Universität Wuppertal (emeritiert)
Roth, Dr. Wolfgang	MdB, a.D. / Vizepräsident EIB
Schalk, Prof. Dr. Hans Joachim	Universität Münster
Schettkat, Prof. Dr. Ronald	Universität Wuppertal
Schmidt, Prof. Dr. Johannes	Berufsakademie Mosbach
Schreyer, Markus	Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Sengenberger, Dr. Werner	ehem. ILO Genf
Skarpelis-Sperk, Dr. Sigrid	MdB a.D.
Spahn, Prof. Dr. Peter	Universität Hohenheim
Sperling, Dr. Dietrich	Staatssekretär a.D.
Stapf-Finé, Dr. Heinz	DGB Bundesvorstand, Berlin
Trautwein, Prof. Dr. Hans-Michael	Universität Oldenburg
Vesper, Dr. Dieter	ehem. DIW Berlin
Vitols, Dr. Sigurt	Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin
Voigtländer, Dr. Hubert	ehem. BM für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin
von Hauff, Prof. Dr. Michael	Universität Kaiserslautern
Weizmüller, Dr. Rudolf	IG Metall, Frankfurt
Welsch, Prof. Dr. Johann	Fachhochschule Wiesbaden
Wolfram, Marko	Bürgermeister Probstzella